



Mitglieder der GUE/NGL im Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung des Europäischen Parlaments

Vincenzo Aïta (Koordinator)
Konstantinos Droutsas
Ilda Figueiredo
Kartika Liotard

Mitarbeiter:
Kratis Kyriazis (Koordinator)
Maurício Miguel



Mitglieder der GUE/NGL im Entwicklungsausschuss des Europäischen Parlaments

Feleknas Uca (Koordinatorin)
Luisa Morgantini
Madeleine Jouye de Grandmaison
Tobias Pflüger
Willy Meyer Pleite
Gabriele Zimmer

Mitarbeiter:
Kerstin Eekman
(Koordinatorin)
Fatima Garcia

Für weitere Informationen steht Ihnen Kratis Kyriazis gerne zur Verfügung.
E-Mail: kratis.kyriazis@europarl.europa.eu



Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke
Rue Wiertz 43
1047 Brüssel
Tel: +32 (0)2 284 26 83
Fax: +32 (0)2 284 17 74

Hergestellt von der Abteilung Publikationen und Öffentlichkeitsarbeit der GUE/NGL-Fraktion:
GUENGL-Communications@europarl.europa.eu
Fotos: Europäisches Parlament, Julia Garlito Y Romo, Europäische Gemeinschaften
Entwurf und Gestaltung: Liz Morrison
Druck: ArtePrint
© GUE/NGL – Brüssel, 2009
Gedruckt auf umweltfreundlichen Papier

Nahrungsmittelkrise:

Das Recht auf Nahrung und die Nahrungsmittelsouveränität sind grundlegende Menschenrechte



Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke
Parlamentsfraktion Europäisches Parlament

Die Fraktion der **Vereinten Europäischen Linken/ Nordische Grüne Linke** im Europäischen Parlament kämpft für das Grundrecht auf Nahrung. Dies schließt ein, dass alle Menschen jederzeit Zugang zu für ein aktives und gesundes Leben ausreichender Nahrung haben müssen. Wir betonen, dass die Staaten die Pflicht haben, dieses grundlegende Menschenrecht zu schützen, zu achten und zu verwirklichen.

Dazu bedarf es der Förderung und Unterstützung einer Landwirtschaft, die der jeweiligen Produktionsstruktur der einzelnen Staaten und Regionen Rechnung trägt. Kleinerzeuger müssen unterstützt, die biologische Vielfalt und die Umwelt geachtet, eine faire Bezahlung der Erzeuger und der Produktionsfluss gewährleistet, und die lokalen Märkte – die den Erzeugern am nächsten sind, gestärkt werden. Voraussetzung dafür ist die Herausnahme der Landwirtschaft aus den WTO-Verhandlungen und die Beendigung einer Politik, die auf wachsende Intensivierung der Landwirtschaft und auf die Konzentration der Produktion in einigen Regionen und Ländern ausgerichtet ist.

Die Herausforderung besteht nicht nur darin, vermehrt qualitativ hochwertige Nahrungsmittel zu erzeugen, sondern vor allem in der Umverteilung der Ressourcen zwischen den ärmeren und den reicheren Staaten. Der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) zufolge könnte unser Planet 12 Milliarden Menschen ernähren. Nahrungsmittelknappheit dürfte demzufolge kein Problem sein. Die Tatsache jedoch, dass zwei Milliarden Menschen weiter in furchtbarer Armut leben und 850 Millionen jeden Tag hungern, stellt eine systematische Verletzung des Rechts auf Nahrung dar, das in den international geltenden Menschenrechten verankert ist.

Anstieg der Spekulation verschärft Hunger und Armut

Die eigentliche Ursache für die dramatische Erhöhung der Agrarpreise liegt in der internationalen Finanzspekulation (Rohstofftermingeschäfte, -derivate und -futures). Durch die Preissteigerungen werden die Probleme des Zugangs zu Nahrungsmitteln insbesondere für Einkommensschwache

und Menschen ohne Einkommen verschärft sowie Hunger und Armut verstärkt. Die derzeitige Nahrungsmittelkrise ist die Folge zunehmender Spekulation mit landwirtschaftlichen und zur Nahrungsmittelherstellung dienenden Rohstoffen.

Die Produktion und der Vertrieb im Nahrungsmittelsektor sind einem starken Konzentrationsprozess unterworfen und geraten zunehmend unter die Kontrolle von Großunternehmen. Diese erzielen enorme Gewinne, indem sie von den Verbrauchern ein Mehrfaches des Preises fordern, den sie selbst an die Produzenten zahlen.

Unterstützung der kleinen und mittleren Landwirte unerlässlich

Die Begrenzung der Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe und der Produktion von pflanzlichen und tierischen Agrarerzeugnissen bereitet den Boden für eine rasche Zunahme von Nahrungsmittlimporten und der Spekulation. Auf diese Weise können Nahrungsmittelkonzerne eine marktbeherrschende Stellung einnehmen, was sich unmittelbar auf die Nahrungsmittelsouveränität auswirkt.

Die Nahrungsmittelkrise macht deutlich, dass eine Marktregulierung zugunsten der kleinen und mittleren Landwirte unerlässlich ist. Zu einer wirklichen Bekämpfung des Hungers bedarf es einer weltweiten, nachhaltigen Entwicklungspolitik, die die Entwicklungsländer in die Lage versetzt, ausreichend Wasser und Lebensmittel zu erzeugen, um ihre Bevölkerung damit zu versorgen.

Die GUE/NGL ist der Ansicht, dass nachhaltige landwirtschaftliche Familienbetriebe und Genossenschaften und eine Politik des Vorrangs für lokalen und regionalen Handel wichtige Instrumente sind, um Hunger zu verhindern und die Fruchtbarkeit des Bodens und die biologische Vielfalt zu erhalten.

Die Fraktion lehnt daher die jüngste Änderung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ab, die durch Kürzung der Erzeugerbeihilfe auf die Verringerung der landwirtschaftlichen Produktion abzielt. Dies würde die Lebensmittelpreise noch weiter in die Höhe treiben und der Spekulation Vorschub leisten.

Forderungen der GUE/NGL in Bezug auf Nahrung und Nahrungsmittelerzeugung

Nahrungsmittelsouveränität

- ▶ Anerkennung des **Grundrechts** auf Nahrung, **Nahrungsmittelsouveränität** und **Nahrungsmittelsicherheit** als grundsätzliche Prinzipien;
- ▶ **Vorrang** für eine Politik der Entwicklungsländer, ihre Produktion entsprechend ihrem nationalen oder regionalen Ernährungsbedarf zu entwickeln und sich mit Nahrungsmitteln selbst versorgen zu können.

Landwirtschaft und Nahrungsmittelerzeugung

- ▶ **Kleinerzeuger** in armen Ländern müssen Zugang zu Boden, Bewässerungssystemen und Düngemitteln erhalten;
- ▶ Verstärkung der öffentlichen **Investitionen** in den Agrarsektor und die Lebensmittelerzeugung in den Entwicklungsländern, einschließlich Investitionen in Infrastrukturen wie Bewässerung, Transport und Lagerung landwirtschaftlicher Erzeugnisse;
- ▶ Hauptziel der landwirtschaftlichen Produktion sollte die Erzeugung von **gesunden und qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln** unter Berücksichtigung der Erfordernisse des Umweltschutzes sein.

Gentechnisch veränderte Organismen (GVO)

Darüber hinaus verweist die GUE/NGL-Fraktion auf die möglichen Gesundheitsrisiken von GMO-Nahrungsmitteln und fordert daher:

- ▶ eine weitergehende **Untersuchung** dieser Risiken;
- ▶ die generelle Anwendung des **Vorsorgeprinzips** bei gentechnisch veränderten Lebensmitteln;
- ▶ die **Rücknahme** von GMO-Sorten, die unter dem Druck multinationaler Konzerne bereits eingeführt wurden;
- ▶ ein **Verbot** von GMO.